VSD : Verein Schweizerischer Drogenfachleute

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Kette : Schweizerisches Magazin für Drogenfragen**

Band (Jahr): **- (1989)**

Heft 4

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Umkehr der Beweislast gefordert

In Rüschlikon (ZH) trafen sich am 14. November über 200 in Justiz, Polizei, Verwaltung, Drogen- und Jugendarbeit tätige Personen. Sie liessen sich vom Verein Schweizerischer Drogenfachleute (VSD) über die rechtlichen und gesundheitspolitischen Aspekte einer neuen Drogenpolitik informieren. Am Podiumsgespräch wurde die Forderung nach Umkehr der Beweislast gestellt.

VON MARGRIT BACHL

Strafgerichtspräsident Peter Albrecht, Basel, legte in seinem Referat dar, dass eine wirksame Bekämpfung der Drogenprobleme vom bestehenden Betäubungsmittelgesetz nicht geleistet werde. Im Gegenteil, es herrsche ein "gigantischer Leerlauf" wie bei einer Tinguely-Maschine. Seine These: Die Strafpraxis verschlimmert das Drogenelend und ist insofern mitverantwortlich.

Rückzug der Strafjustiz

Da die Strafjustiz bisher nur ihre Ineffizienz bewiesen habe, solle sie sich partiell zurückziehen, forderte Albrecht. Das bedeute eine teilweise Entkriminalisierung, nämlich Straffreiheit für den Konsum sämtlicher Drogen und gewisser Formen des Kleinhandels, generelle Reduktion der Strafmasse für den illegalen Drogenhandel und mehr Rechtsstaatlichkeit in Drogenprozessen.

Mehr Bewegung

"Bewegt euch, löst euch von euren harten Positionen und Ideologien, seid gesprächsbereit", forderte die Psychologin Marie-Louise Ernst, Bern. Nur der Mut, neue Wege zu gehen, helfe aus dem Elend und der Ausweglosigkeit der jetzigen Situation heraus. Sie plädierte für Verhältnismässigkeit im Kampf gegen die Drogen; für eine integrierte Drogenpolitik, die die vielschichtigen Ursachen in Betracht zieht; für die Bereitschaft zu Lernprozessen und für die Schaffung von "Homotopen" in Analogie zu den "Biotopen".

Beweislast umkehren

Am Podium diskutierten Fachleute, wie eine neue Drogenpolitik aussehen sollte. Der Vizedirektor des Bundesamtes für Gesundheitswesen, Bertino Somaini, warnte etwa davor, allein auf eine Gesetzesänderung hinzuarbeiten. "So viel Zeit haben wir wegen Aids nicht". Das Bundesamt sei bereit, lokale und zielgerichtete Projekte wie Fixerräume zu unterstützen. Henner Kleinewefers, Oekonome an der Universität Freiburg, zeigte die Funktionsweise illegaler Märkte auf: Da finde eine Risikoverlagerung nach unten und eine Gewinnverlagerung nach oben statt, weil die "Verträge" keinen Rechtsschutz genössen. Die Verteilerorganisation basiere geradezu auf der Illegalität. Der Oekonom kam auch auf den Kostenbegriff zu sprechen. Illegale Märkte wiesen zahlreiche Zusatzkosten auf: Höhere Konsumkosten, Kosten für die Repression, die Beschaffungskriminalität und die dadurch verursachten Kosten, die Kosten des professionellen kriminellen Milieus. Oberrichter Christian Huber, Zürich, zog etliche "Dogmen" der Neuerer der Drogenpolitik in Zweifel. Er forderte im Gegensatz zu den anderen Teilnehmern, dass zuerst bewiesen werden müsse, dass die jetzige Drogenpolitik versagt habe. Jakob Tanner, Sozialhistoriker, Basel, stellte zusammen mit Albrecht die Forderung nach der Umkehr der Beweislast auf. Nationalrat Paul Rechsteiner, St. Gallen, doppelte nach: Der Beweis für das Versagen der Drogenpoltik sei erbracht. Jetzt gehe es darum, für eine humane Drogenpolitik und für die notwendigen pragmatischen Schritte einzustehen. ■

Pfuschi-Cartoon's im Auftrag der PLUS-Fachstellen, Bern.